



Karl Heinz Johnke

Jungkommunisten im Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus

Etwas 420 Seiten, Pappband etwa 12,80 M

Mit dieser Veröffentlichung soll eine Lücke in der Erforschung der Geschichte der revolutionären Arbeiterjugendbewegung geschlossen werden. Im Kampf gegen das Hitlerregime entstanden wesentliche Grundlagen für die Bildung der Freien Deutschen Jugend als einheitlicher antifaschistisch-demokratischer Jugendorganisation. Die Auseinandersetzung der deutschen Jungkommunisten mit dem Hitlerfaschismus enthält ebenfalls für die internationale Jugendbewegung insbesondere für die Jugend der Länder in denen noch heute der schwere Kampf gegen faschistische Regime geführt wird, vielfältige Erfahrungen.

Inhaltsverzeichnis:
Der KJV organisiert unter Führung des ZK der KPD den Kampf der Arbeiterjugend gegen das Hitlerregime (1933 bis 1935)

„Wir reichen euch über die Gräber unserer Toten die Bruderhand“. Jungkommunisten stehen in der ersten Reihe des Kampfes gegen die faschistische Diktatur. Die fortschrittlichen Kräfte der Jugend nehmen den illegalen Kampf auf. Die Tagung des ZK des KJV in Amsterdam. Der KJV lebt!

Vertreter der europäischen Arbeiterjugend beraten über gemeinsame Maßnahmen im Kampf gegen den Faschismus. Der Weltjugendkongress in Paris. Der KJV setzt den operativen Kampf fort. Die kommunistische Internationale und die kommunistische Jugendinternationale weisen den deutschen Jungkommunisten den Weg. Das Hitlerregime verschärft den Terror gegen die demokratische Jugendbewegung. Ansätze einheitlichen antifaschistischen Wirkens der Arbeiterjugend. „Thälmann-Plan“ gegen Göring-Plan für Arbeit, Wohlstand und Freiheit der deutschen Jugend“. Freiheit für Ernst Thälmann und die anderen politischen Gefangenen Hitlerdeutschlands! Einheitsfrontangebote des ZK des KJV an die sozialdemokratischen und die christlichen Jugendorganisationen. Die Reichskonferenz des KJV. Richtungsweisende Beschlüsse der KPD-Führung zur Jugendfrage. Gegen die verstärkte Militarisierung der deutschen Jugend. Ergebnisse im Kampf für die Aktionseinheit der Arbeiterjugend. Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Der VI. Weltkongress der Kommunistischen Jugendinternationale. Die Brüsseler Parteikonferenz der KPD und die Jugendfrage

Zur Rolle des KJV im antifaschistischen Widerstandskampf (1935 bis 1939)

Für die Verwirklichung der Brüsseler Parteikonferenz der KPD. Jungkommunisten kämpfen gegen die Durchführung der Olympischen Spiele 1936 im faschistischen Deutschland. An der Seite des spanischen Volkes. Der Berliner Katholikenprozess. Die Berliner Funktionärskonferenz des KJV. Die Kämpfe werden neu formiert... Erscheinungen der Opposition in der HI. Jungkommunisten entlassen die Kriegsvorbereitungen des Hitlerregimes. „Für Frieden und Freiheit, für die Lebensrechte der jungen Generation!“ Die Berliner Parteikonferenz der KPD und die Jugendfrage. Jungkommunisten wirken für die Erhaltung des Friedens.

Jungkommunisten im Kampf für die Beendigung des imperialistischen Krieges durch den Sturz der faschistischen Diktatur in Deutschland (September 1939 bis Mai 1945)

Aktionen gegen den vom deutschen Imperialismus entfesselten Krieg. Die Stimme des antifaschistischen Widerstandes läßt sich nicht erstickern. Jungkommunisten kämpfen solidarisch verbunden mit der Sowjetunion für die Beendigung des Krieges durch die Zerschlagung des Hitlerregimes. In den Reihen der internationalen Widerstandsbewegung. Aufklärungsarbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen. Die Führung der KPD widmet den Fragen der Jugend verstärkte Aufmerksamkeit. Im Auftrag des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Für den endgültigen Sieg über den Hitlerfaschismus und für ein demokratisches, friedliebendes Deutschland.



Eine Mappe mit Wettbewerbsverpflichtungen der DDR-Trassenbauer übergab Angelika Kolina dem Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes Harry Tisch. 2. v. l. Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Links der Leiter der sowjetischen Delegation, Alexander I. Schibajew, Vorsitzender des Allunionszentralsrates der sowjetischen Gewerkschaften.

Ein Ereignis, das noch lange nachklingt

Prof. Dr. sc. Helga Ulbricht, Sektion Wiwi., Mitglied des Bezirksvorstandes des FDGB, Leipzig, schildert ihre Eindrücke vom 9. FDGB-Kongress

Es war ein großes Erlebnis, zur Teilnahme am 9. FDGB-Kongress delegiert zu sein. Einen umfassenden Überblick über den Kongress in wenigen Sätzen zu geben, ist nicht möglich. Es soll jedoch versucht werden, über die nachhaltigsten Eindrücke zu schreiben. Zweifellos hört es sich bereits von der Zahl her imponierend an, daß der FDGB über 8,3 Millionen Mitglieder zählt und sich damit als die umfassendste Klassenorganisation der Werktätigen unserer Republik ausweist. Die Arbeit, die Zielstellungen, Erfolge und Probleme, die Arbeits- und Lebensbedingungen und die umfassende soziale Sicherheit, die erreichten und weiterzuentwickelnden Bedingungen für die schöpferische Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit dieser 8,3 Millionen wie aller Bürger unserer Republik, waren der Inhalt der Beratungen, an denen ich teilzunehmen das Glück hatte. Der Kongress demonstrierte, daß gewerkschaftliche Interessenvertretung nicht anders und nicht besser als durch das aktive Mitwirken der Gewerkschaften bei der auf das Glück und das Wohl der Werktätigen gerichteten Politik, auf die das Programm der SED orientiert, erfolgen kann. So war es selbstverständlich und gerade auch deshalb so eindrucksvoll, daß und wie die Diskussionsredner, ihren persönlichen Beitrag bei der Gestaltung dieser Politik aufzählten und darlegten, daß und wie sie ihre eigene Arbeit im Beruf und in gesellschaftlichen Funktionen als Auftrag zur Mitgestaltung der großen Ziele unserer sozialistischen Gesellschaft verstehen und sich mit dieser Politik identifizieren. Die enge Verbindung der Gewerkschaften mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und mit unserem sozialistischen Staat wurde durch die Teilnahme der führenden Genossen des ZK und des Minister Rates unterstrichen. So gestaltete sich die Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, am 2. Beratungstag zu einem Höhepunkt des gesamten Kongresses. Erich Honecker würdigte die Leistungen der Werktätigen bei der Realisierung der Hauptaufgabe. Dabei hob er auch die Arbeit der Vielzahl der Gewerkschaftsfunktionäre, besonders auch in den Gewerkschaftsgruppen, hervor und setzte Richtlinien für ihr weiteres Wirken in den Kollektiven. Er verlieh der Erwartung Ausdruck, daß die Ergebnisse der Beratungen „wertvolle Initiativen wecken werden bei der weitesten Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und damit unserer gemeinsamen Sache des Sozialismus und des Friedens“. Die Initiative der Werktätigen zur Feier des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fanden entsprechende Anerkennung. Sehr eindrucksvoll war die Hervorhebung des Kontrastes zwischen der sozialen Unsicherheit in den Ländern des Kapitals, wo sie gerade gegenwärtig auf Grund der andauernden Krise durch Inflation und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, und der zielstrebigem erfolgreichen Politik auf Arbeit unter immer günstigeren Bedingungen, wie wir sie durchsetzen und wie sie sich im Entwurf des neuen Arbeitsgesetzbuches deutlich widerspiegelt. Zu den bedeutsamen Beschlüssen des Kongresses gehört zweifellos die Übergabe des

AGB-Entwurfes an die Volkskammer. Zeugt schon der Inhalt dieses neuen Gesetzeswerkes von der hervorragenden Stellung der Werktätigen in unserem Staat, so ist auch die Art und Weise seiner Entstehung, der alle Werktätigen einbeziehenden Diskussion und der nunmehr zur Beschlußfassung vorliegenden Fassung des Gesetzes Ausdruck der realen sozialistischen Demokratie. Die Gewerkschaften haben hierin hohen Anteil. Sie nehmen ihr Recht der Gesetzesinitiative mit hoher Verantwortung wahr. So demonstrierte es der Kongress erneut. Die Ausführungen Erich Honeckers wurden immer wieder in den nachfolgenden Diskussionsreden aufgegriffen. Setzen sie doch gleichzeitig einen Maßstab dafür, welche Erwartungen die Partei in die Aktivitäten der Gewerkschaftsmitglieder bei der weiteren Realisierung der Beschlüsse des IX. Parteitages setzt, zeigen aber auch, welche Anstrengungen nötig sind. Als besonders bedeutungsvoll möchte ich schließlich die Teilnahme einer großen Zahl von Vertretern ausländischer Gewerkschaften aus 70 Ländern hervorheben. Sie standen größtenteils unter Leitung ihrer Vorsitzenden. In den Grußansprachen kam immer wieder die hohe Anerkennung der Leistungen des FDGB beim Aufbau unserer sozialistischen Gesellschaft und in der internationalen Zusammenarbeit zum Ausdruck. Eine große Würdigung fand die von den Werktätigen der DDR geübte Solidarität. Zu einem meiner nachhaltigsten Erlebnisse aber wurde auch die Atmosphäre des Kongresses. Der Palast der Republik gab dem Kongress einen würdigen Rahmen.



Herzliche Glückwünsche für Genossen Tisch nach seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes. Foto: ADN/ZB



Die Größe der jungen Generation an den 9. FDGB-Kongress überbrachte eine Delegation der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“. Foto: Gruber

Ende April fand am Bereich Medizin der KMU das 2. Kolloquium zur sozialistischen Arbeitskultur statt. Während der Beratung stellten die Mitarbeiter des Bereiches eine Vielzahl von Beispielen vor, die davon zeugen, mit wieviel Anstrengung und Ideenreichtum die Angehörigen der Kliniken, Institute und Einrichtungen dazu beitragen, die Arbeitskultur in ihren Arbeitsbereichen zu verbessern. Viele dieser Beispiele sind nachahmenswert. UZ veröffentlicht heute den Beitrag des Medizinisch-poliklinischen Instituts.



Basis für gute Zusammenarbeit

Dr. Häntzschel, Medizinisch-poliklinisches Institut, zur Erstellung eines Modells zur ambulanten spezialisierten medizinischen Betreuung

Zur weiteren Verbesserung der ambulanten medizinischen Betreuung wurde von der WAO-Kommission des Medizinisch-poliklinischen Instituts in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED ein Modell zur ambulanten spezialisierten medizinischen Betreuung erstellt, welches anderen poliklinischen Einrichtungen Anregungen vermitteln sollte. An unserer Einrichtung haben die arbeitsorganisatorischen Maßnahmen zu einer Verbesserung der ambulanten medizinischen Betreuung geführt. Zur Vermeidung von Doppeluntersuchungen und im Hinblick auf eine schnelle Behandlungsaufnahme wird bei jeder Überweisung gefordert:

- gezielte Fragestellung;
- Mitteilung von Vorbefunden;
- Hinweise auf eine bestehende Arbeitsunfähigkeit.

Zur Erhöhung der Betreuungsleistung auf unseren Beobachtungsstationen zum Teil über 90 Prozent, vorzeitiger Sprechstundenbeginn in den meisten Fachabteilungen, Einführung einer zweiten Spätsprechstunde für Berufstätige, zusätzliche Labor- und Sachleistungen (Studentenlebensuntersuchungen, erhöhter Bedarf der erweiterten Betriebspoliklinik), Bewältigung erhöhter Anforderungen trotz verkleinerten Arbeitskräftefonds, sind einige Ergebnisse der konsequenten Nutzung unseres WAO-Modells.

Zur Verbesserung der Befundübermittlung wurden Standardbriefe als Vordruck in drei Fachabteilungen eingeführt. Die Zahl der Konsultationen erhöhte sich z. B. in einer Fachabteilung von 14109 im Jahre 1975 auf 15536 im Jahre 1976. Die Zahl der Neuzugänge stieg um 4 Prozent.

In einzelnen Fachabteilungen erhalten die Patienten bei Anmeldung einen vordruckten Zettel für den überweisenden Arzt, wenn Vorbefunde nicht mitgeteilt wurden. So kommt in den Fachabteilungen Rheuma, Kardiologie, Gastroenterologie und Hämatologie diagnostische Vorlagen erarbeitet und den Polikliniken des Gesundheitswesens übergeben werden. Als Reserve wurde so die Nutzung der Vorbefunde für die spezialisierte ambulante Diagnostik möglich. Es war erstaunlich, in welchem Umfang zum Beispiel Röntgenuntersuchungen großer Teile des Skelettsystems durchgeführt wurden. Zur Zeit werden wir in unserer Röntgenabteilung monatlich 200 bis 300 Fremdfilme aus, was neben Kosteneinsparung eine Verbesserung des Strahlenschutzes bedeutet, wenn auch die Auswertung selbst zum Teil etwas mühevoller ist. Eine Verkürzung der Diagnostikzeit könnte in den Fachabteilungen Hämatologie und Endokrinologie erzielt werden, indem feste Termine für mikroskopische Diagnostik mit der Radiologischen Klinik vereinbart wurden. Die Diagnostikzeit für Schilddrüsenerkrankungen konnte so auf 14 Tage reduziert, längere Wartezeiten für diese speziellen Untersuchungsmethoden vermieden werden. In den Abteilungen Kardiologie, Hämatologie, Endokrinologie und klinische Chemie war eine weitere Verkürzung der Vorbereitungszeiten

Weiterhin wurden fünf Schnelldiagnostikprogramme für die stationäre Intensivdiagnostik erarbeitet. Patienten, bei denen die ambulante Diagnostik ausgeschöpft oder nicht möglich ist, bei arbeitsunfähigen Patienten mit Wohnsitz außerhalb des Stadtgebietes oder ungünstigen Verkehrsbedingungen, wurden einer stationären Diagnostik zugeführt. Die Anwendung von Diagnostikprogrammen zum Beispiel für Hypertonie, Anämie oder rheumatische Erkrankungen haben einen rationalen Untersuchungsablauf sowie Erhöhung des Anteils an stationärer Schnelldiagnostik (maximal 7 Tage) auf 48 Prozent der Gesamtpatientenzahl ermöglicht, wenngleich auch der höhere Patientendurchgang vermehrte Anforderungen an unsere Schwestern stellt.

Durch Anwendung eines Vordruckes konnte die sofortige Rückinformation des Stationsarztes an den Ambulanzarzt gewährleistet werden. In gleicher Weise wurden für die einzelnen Fachgebiete die hausärztlichen Therapiestandards überarbeitet, die einen effektiven Behandlungsplan der Bezirkstherapiekommission ermöglichen. Unser WAO-Modell schüt nicht nur die Voraussetzungen in unserer Einrichtung, sondern stellt gleichzeitig die Basis für die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen des Bereiches Medizin bzw. des Territoriums dar.



Kolleginnen des Hämatologischen Labors des Medizinisch-poliklinischen Institutes bei der Arbeit. Foto: Gruber